

Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!

## ***Eure Kanonen machen uns nicht satt!***



Die Zeiten, in denen man sich trefflich über Einschätzungen zum Ukraine-Krieg streiten konnte, sind vorbei. Denn was bislang eher ein Tabu war, wird jetzt offen ausgesprochen: **Krieg will auch bezahlt werden.**

**Genauer: WIR, die arbeitende Bevölkerung, sollen nach ihren Plänen den Krieg bezahlen,** und zwar mit Einbußen beim Lebensstandard und mit Einschnitten bei der sozialen Sicherheit.

Auch eine Wiedereinführung der Wehrpflicht wird nicht mehr ausgeschlossen.

Es wird immer offenkundiger, dass die großen Parteien im Bundestag den Krieg in der Ukraine nutzen wollen, unsere Republik grundlegend zu verändern. Deutschland soll wieder auf der Welt mitreden können („Zeitenwende“). Selbst einen 'Veteranentag' soll es demnächst geben.

### **Die - alten und neuen - Militaristen trauen sich immer mehr aus den Büschen.**

Immer unverblümter berichten sie uns in Talkshows von den Vorteilen ihrer Panzer.

So sollen wir eingeladen werden, gedanklich an ihren Kriegsspielen teilzunehmen.

Zur Aufrüstung gebe es keine Alternative, sagen sie.

Sonst stehe der Russe womöglich morgen vor Berlin.

Deutschland müsse „**kriegstüchtig**“ werden, sagt Verteidigungsminister Pistorius (SPD). Und das kostet uns was. Unsere Mittel sind begrenzt. Für Brot UND Kanonen wird es nicht reichen.

Deswegen plädieren der Bundesfinanzminister und seine Partei für ein mindestens dreijähriges „**Sozial-Moratorium**“. Was bedeuten würde, dass die Sozialausgaben eingefroren würden – gleichgültig, wie sich die Inflation und die sozialen Verhältnisse auch immer entwickeln.<sup>1</sup>

Der Chef des arbeitgebernahen ifo-Instituts, Clemens Fuest, ergänzte bei Maybrit Illner treuherzig:<sup>2</sup>

Er verstehe ja den Wunsch, dass man nicht sagen wolle: „Tut mir leid Leute, wir kürzen jetzt unseren Sozialstaat zusammen“. „Aber das wird so sein. Kanonen **und** Butter – es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht. Also Kanonen **ohne** Butter. Das heißt, wir werden Einbußen haben. Die Verschuldung kann das nicht verhindern.“

Mit ihren Vorschlägen und dem Gerede von einem "Sozial-Moratorium" soll den Wählern suggeriert werden, die Lösung aller Haushaltsprobleme liege bei den Sozialleistungen. Wären die nicht so hoch, könnten wir „uns“ (wurden wir je dazu gefragt?) die Aufrüstung und die Ukraine-Hilfen locker leisten. Auch zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes wären dann noch drin... Boulevard-Presse und Wirtschaft klatschen Beifall: Der Staat müsse sich auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren und „wehrhaft gegen Missbrauch sein“, so Arbeitgeberpräsident Dulger.<sup>3</sup>

**So eine üble Kampagne hatten wir schon einmal.** Damals, zu Zeiten von Schröder und Fischer, ging's um die Liberalisierung des Arbeitsmarkts, heute um die Aufbringung von Haushaltsmitteln fürs Militär. Und die innere Formierung der Gesellschaft. Der Sozialstaat steht den Herrn Lindner, Merz und Linnemann dabei im Weg.

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen.

***Wir sagen Nein zu diesen Plänen! Nein zu Aufrüstung, zur Wehrpflicht und zu zusätzlichen Ausgaben fürs Militär. Eure Kanonen machen uns nicht satt!***

Alle Mittel, die für Krieg und Rüstung verschleudert werden, brauchen wir dringend für Bildung, Kultur, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und ein menschenwürdiges Leben.

### **Bekommen Bürgergeldempfänger zu viel Geld?**

Lachhaft. Das kann auch nur ein Lindner behaupten (aber der käme auch nie auf die Idee, von 563 € im Monat leben zu wollen). Das Geld reicht bei vielen nicht für den ganzen Monat und schon gar nicht, wenn besondere Ausgaben anstehen. Eine im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverband gefertigte Studie kam gerade zu folgendem Ergebnis: Zwar wurden die Regelsätze Anfang 2023 und Anfang 2024 um jeweils ca. 12 Prozent angehoben, aber die Erhöhungen hätten nicht einmal ausgereicht, um den Kaufkraftverlust des Bürgergelds in den drei Vorjahren auszugleichen.<sup>4</sup>

Und anders, als von Linnemann und Lindner behauptet, haben Leistungsberechtigte, die ausschließlich vom Bürgergeld leben, in jedem Fall weniger Geld zur Verfügung als Beschäftigte.<sup>5</sup>



### **Kündigen zu viele ihren Job, um es sich in der „sozialen Hängematte“ gemütlich zu machen?**

Es gibt keine Kündigungswelle ins Bürgergeld hinein! Im Gegenteil: Den Zahlen der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit vom Dezember 2023 zufolge gehen seit der Einführung des Bürgergeldes deutlich weniger Menschen aus ihren Jobs in den Sozialleistungsbezug als zuvor in Hartz IV.<sup>6</sup>

### **Schlagen Bürgergeld-BezieherInnen zu häufig Jobangebote aus?**

Noch so eine populistische Erfindung von Lindner & Co, um Bürgergeld-Empfänger in Misskredit zu bringen. Erst vor wenigen Tagen hat die Bundesanstalt für Arbeit klargestellt, dass ihre Zahlen das überhaupt nicht hergeben: Ganze 15.777 Personen wurden demnach im vergangenen Jahr mit einer Sanktion bestraft, weil sie ein Jobangebot oder eine angebotene Maßnahme abgelehnt haben – das waren gerade mal 0,4 Prozent der 3,9 Mio. erwerbsfähigen Empfänger!<sup>7</sup>

Diese und ähnliche Behauptungen setzen die Spitzen von CDU und FDP **seit Wochen** in die Welt und lassen sich auch von den Richtigstellungen nicht irritieren. Beide Parteien haben auf Wahlkampfmodus geschaltet. Ihre durchsichtige Strategie: Eine Neiddebatte anzetteln...

***Diese Stimmungsmache auf Kosten derer, die am wenigsten haben, ist unerträglich! Ein Einfrieren von Sozialausgaben kommt nicht infrage!***

### **Armut in Deutschland verharrt auf hohem Niveau**

Im Jahr 2023 waren in Deutschland laut jüngsten Meldungen etwa 17,7 Millionen Menschen (21,2 % der Bevölkerung, 0,2 Mio. mehr als im Vorjahr) von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht.<sup>8</sup> Betroffen sind vor allem alte und kranke Menschen, Niedriglöhner und Arbeitslose, Asylbewerber, kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Aber auch jedes vierte Kind wächst unter diesen Bedingungen auf, in Dortmund sogar beinahe jedes dritte.

**Wir brauchen also weitere Maßnahmen gegen die Armut in unserem Land!** Und nicht weniger. Und wir brauchen eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen verdient. Das aktuelle politische Gezerre um die geplante Mini-Version aus dem Hause von Familienministerin Paus ist geradezu erbärmlich.

***Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung! Butter statt Kanonen!***

V.i.S.d.P. Heiko Holtgrave, Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund

Homepage Sozialforum: <https://agora.free.de/sofodo>

#### Anmerkungen

1. u.a. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/lindner-fordert-moratorium-bei-sozialausgaben-19540142.html>
2. Ifo-Chef Fuest bei Maybrit Illner 22. Feb. 2024. Siehe <https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/clemens-fuest-kanonen-und-butter-sind-schlaraffenland-maybrit-illner-22-februar-2024-100.html>
3. <https://www.deutschlandfunk.de/arbeitgeberpraesident-dulger-begruesst-buergergeld-plaene-der-cdu-104.html>
4. [www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/kaufkraftverlust-der-grundsicherungsleistungen-expertise-dr-becker/](http://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/kaufkraftverlust-der-grundsicherungsleistungen-expertise-dr-becker/)
5. s. z.B. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/buergergeld-mindestlohn-100.html>
6. s. u.a. [www.spiegel.de/wirtschaft/buergergeld-foerdert-wunsch-nach-arbeit-zeigen-statistiken-a-aa507ae8-6c86-4981-90fa-3a2580932bf2](http://www.spiegel.de/wirtschaft/buergergeld-foerdert-wunsch-nach-arbeit-zeigen-statistiken-a-aa507ae8-6c86-4981-90fa-3a2580932bf2)
7. [www.rnd.de/politik/jobverweigerer-beim-buergergeld-wie-viele-es-wirklich-gibt-42U7TNJZ3NCALGYPBVUUND4ZNM.html](http://www.rnd.de/politik/jobverweigerer-beim-buergergeld-wie-viele-es-wirklich-gibt-42U7TNJZ3NCALGYPBVUUND4ZNM.html)
8. Daten von EU-SILC. Siehe Destatis-PM v. 10.4.24 unter [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24\\_147\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_147_63.html)